

Die Stimme, die euch kommandiert

Die Bundeswehr lockt mit geldwerten Vorteilen vor allem arme Jugendliche. Von denen aber protestieren viele gegen die Kriegsvorbereitungen

Von Jakob Reimann

Die deutsche »Truppe« soll wachsen, und zwar schnell. Die Angaben, wann genau der Russe die NATO-Tür eintreten wird, variieren. Das hiesige Establishment hat sich auf das Jahr 2029 eingeschossen. Medial wird ein permanentes Bedrohungsszenario aufrechterhalten, das Bevölkerung Angst machen und insbesondere der Jugend folgende Dringlichkeit eintrichtern soll: Vater Staat braucht auch dich!

Kurz nach seiner Amtseinführung im Mai 2025 gab Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) die Marschrichtung vor: [Die Bundeswehr soll erneut »konventionell zur stärksten Armee Europas« werden.](#) Im September konkretisierte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD): 260.000 aktive Soldaten plus 200.000 in der Reserve. Dass das freilich »kein Deckel« sei, war dem Minister wichtig zu betonen. Gegenwärtig befinden sich neben rund 81.000 Zivilen insgesamt 185.919 Menschen im Dienst an der Waffe (Stand: 30. April).

Diese Forderung nach insgesamt 460.000 Soldatinnen und Soldaten stammt ursprünglich aus einem Interview mit dem Generalinspekteur Carsten Breuer im Fachblatt *CPM Defence Network* im Oktober 2024. Als ranghöchster Soldat der BRD begreift sich Breuer als medialer Pitbull der Bellizisten und verschiebt den Diskurs mit seinen Erzählungen und Forderungen schrittweise in Richtung Kriegstüchtigkeit. Im großen Krieg gegen Russland falle der BRD neben dem Truppenstellen die Rolle als »logistische Drehscheibe in der Mitte Europas« zu, so Breuer, und dafür brauche es eben Personal.

Geldwerte Vorteile

Noch hofft man, die Jugend werde freiwillig Stahlhelme tragen. Den zentralen Hebel für die Rekrutierung stellen der Wehrdienst und die Ausbildungen in der Bundeswehr sowie deren Vergütung dar. Mit seinem seit der »Zeitenwende« prall gefüllten Rüstungshaushalt verfügt der Staat über einen unschlagbaren Vorteil. Beim Militär erhalten Auszubildende in gegenwärtig 49 zivilen Feldern oft über ein Drittel höhere Vergütungen als junge Menschen in der Privatwirtschaft.

Gehen junge Leute von der Schule direkt in die Kasernen, verdienen sie im Wehrdienst monatlich 2.600 Euro brutto, bei zwölfmonatiger oder längerer Verpflichtung 2.700, und damit oft deutlich mehr als ihre in der zivilen Welt backenden, schreinernden oder Haare schneidenden Altersgenossen. »Neben

dem Sold gibt es für Wehrdienstleistende viele kostenlose Leistungen«, wirbt die Bundeswehr: kostenfreie Unterkunft, günstige Verpflegung, Uniform und Ausrüstung inklusive Bahnticket sowie einen Zuschuss zum Führerschein. Ein Azubi, der dem Ruf zu den Waffen folgt, dürfte einem, der das nicht tut, nach nur 12 Monaten mehr als 10.000 Euro voraus haben.

Neben diesen finanziellen Anreizen wirbt die Bundeswehr mit weiteren strukturellen Vorteilen auf dem hart umkämpften Ausbildungsmarkt, darunter Beschäftigungs- und Übernahmeversicherung, Aufstiegsperspektiven und ein bundesweites Infrastrukturnetz. Das macht eine Ausbildung bei der Bundeswehr, ob nun an der Waffe oder nicht, für viele Jugendliche abseits moralischer Bedenken recht attraktiv. Für viele 18- oder 19jährige, die keine finanzstarke Familie im Rücken haben, hat die Bundeswehr mehr zu bieten als der Friseursalon, die Bäckerei oder die Tischlerei um die Ecke.

Vorreiter rechts außen

Noch setzt die Bundesregierung formal auf Freiwilligkeit, soll heißen: Anreize. Das Zögern, die vom damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) 2011 ausgesetzte Wehrpflicht für alle männlichen Volljährigen umgehend wieder einzuführen, hat allerdings in erster Linie logistische Gründe: »Wir haben gar keine Kasernen in der großen Zahl, die wir bräuchten, um alle Wehrpflichtigen eines Jahrgangs tatsächlich einziehen zu können«, gestand Pistorius im März 2025 bei den »Tagesthemen«.

Bei Union, SPD und Grünen konkurrierten mehrere Modelle mit unterschiedlichem Maß an Zwang, während Linke, BSW und FDP die Wiedereinführung der Wehrpflicht ablehnten. Klare Zustimmung für eine umgehende Reaktivierung gab es lange Zeit nur vom rechten Rand. Schon 2016 hatte die AfD die Forderung nach militärischer Schulung »für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren« in ihr Grundsatzprogramm aufgenommen. Das Ziel lautet, »dass sich die Bevölkerung mit ›ihren Soldaten‹ und ›ihrer Bundeswehr‹ identifiziert«. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2025 forderte Parteichefin Alice Weidel eine zweijährige Wehrpflicht.

Nicht nur bei der Bekämpfung fliehender und geflohener Menschen sowie der Sozial- oder der Klimapolitik, auch bei Verteidigungs- und Rüstungspolitik hecheln die etablierten Parteien den Positionen der extrem Rechten hinterher. Selbst die Forderung des Kriegsherren aus dem Weißen Haus, US-Präsident Donald Trump, jeder NATO-Mitgliedstaat solle fünf Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Militarisierung aufwenden, wurde in der BRD zuerst von der AfD vertreten.

[Zum Januar 2026 wurde der »Neue Wehrdienst« \(NWD\) eingeführt.](#) Seither müssen Männer mit Erreichen der Volljährigkeit verpflichtend an der Wehrerfassung teilnehmen. Dazu zählen das Ausfüllen eines Fragebogens und – nach Einladung – die Musterung. »86 Prozent der Männer haben NWD-Fragebogen in der vorgesehenen Frist ausgefüllt«, wertete das Bundesverteidigungsministerium (BMVG) diese Maßnahme Anfang Mai als »erfolgreichen« Start. »Die Nichtbeantwortung des Fragebogens stellt für Männer eine Ordnungswidrigkeit dar«, endet die Erklärung des BMVG stilecht

mit einer Drohung. Bis zu 250 Euro muss blechen, wer auf die Prüfung der eigenen Kriegstüchtigkeit keinen Bock hat.

Dass der Zwang hier ausschlaggebend ist, legt die Antwortrate von Frauen und Personen anderen Geschlechts nahe: Die liegt nämlich nur bei lausigen drei Prozent. Die freiwillige Jugendkasernierung erweist sich als frommer Wunsch. Vermutlich ist es nur eine Frage der Zeit, [wann die für die nächsten zehn Jahre vorgegebenen Rekrutierungsziele unterschritten werden und die Bundesregierung eine Bedarfswehrpflicht nach Maßgabe der NATO einführt.](#)

»Merz, leck Eier!«

Der deutsche Staat formuliert seinen Verfügungsanspruch auf das frische Kanonenfutter immer offener. Die jungen Leute formieren ihrerseits Widerstand dagegen. Unter dem Banner [»Schulstreik gegen Wehrpflicht«](#) gingen seit Ende 2025 in über 100 Städten mehrfach Zehntausende auf die Straßen, um gegen ihre Erfassung und potentielle Einberufung zu protestieren. »Merz leck Eier« wurde zum Slogan der Bewegung, der sich – auch durch Zutun der jW – inzwischen großer Verbreitung erfreut. In der Jugend braut sich etwas zusammen, und Regierung sowie Militärs sind sich der Bedeutung des Kampfs um die Köpfe im klaren.

Quer durch die Republik treten Vertreter der Bundeswehr tausendfach an Schulen auf, Bundeswehrwerbung flimmert in den Fluren von Berufsschulen und Unis, die Streitkräfte sind mit einem Stand auf der Spielemesse Gamescom vertreten und die Social-Media-Kanäle der Truppe laufen über vor Videoformaten, die Jugendlichen den Kampfeinsatz im Sahel oder das Robben durch den heimischen Schlamm schmackhaft machen wollen. [Im schwäbischen Kellmünz veranstaltet die »Truppe« mit tatkräftiger Unterstützung der Bürgermeister seit Jahren Ferienfreizeiten für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren:](#) Mit Hüpfburg, Grillabend, Nachtwanderung und Hubschrauberlandung werden Flecktarn und Militär zwei Tage lang in Kinderköpfe hineinnormalisiert.

»Die Bundeswehr gehört in die Mitte unserer Gesellschaft«, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) in einem Grußwort zum feierlichen Gelöbnis von rund 30 Rekruten vor dem Abgeordnetenhaus Ende Mai. »Wer den Eid auf die Bundesrepublik Deutschland leistet, übernimmt Verantwortung für Frieden, Freiheit und Demokratie in unserem Land und weltweit.« Er hat offenbar nicht begriffen, warum die Jugend protestiert und sich für eine Verhinderung von Kriegen anstelle von deren Vorbereitung einsetzt: Das Militär darf niemals normalisiert werden; jungen Menschen gehören nicht in die Kasernen und erst recht nicht in den Krieg, sondern dorthin, wo ihre Zukunft vorbereitet wird. In den Worten Bertolt Brechts: »Die Stimme, die euch kommandiert, ist die Stimme eures Feindes.«

Jakob Reimann ist freier Journalist und Redakteur für Außenpolitik beim Onlinemedium etos.media. Im November erschien vom AK Antimilitarismus, dem er angehört, der Sammelband »Die große Mobilisierung« bei Papyrossa. <https://www.jungewelt.de/beilage/art/523882>